

Angst vor Bürgerbegehren: SPD und GRÜNE stecken zurück

Im Juli-„blickpunkt“ schrieben wir u.a.: „SPD und GRÜNE wären gut beraten, . . . die Sache mit dem weiteren Stadtrat zurückzustellen, bis die Bürger - z.B. bei der nächsten Kommunalwahl - ihre Meinung zu dieser Frage deutlich gemacht haben.“

Damals war noch damit zu rechnen, daß die Verhandlungspartner an ihrem Plan festhalten, die Zusammenarbeit durch die Wiederwahl des Ersten Stadtrats und die erneute Wahl eines GRÜNEN-Hauptamtlichen zu besiegeln. Die groß zur Schau getragene Selbstherrlichkeit der Koalitionäre von Schmidt und Brehl bis Kolb und Urhahn, die allesamt mehrfach betonten, daß ein Bürgerbegehren gegen einen 3.Hauptamtlichen sie nicht schreckt, muß dann doch einige Dämpfer bekommen haben. Ob dies dem Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern zuzuschreiben ist, der Angst, die Ausgangsposition für die nächste Kommunalwahl zu verschlechtern, oder ob Verwaltungsrechtler das ihre dazu taten: Sie mußten vom hohen Roß herunter!

Der Juli-„blickpunkt“ war noch nicht verteilt, da war in der Lokalpresse zu lesen: „3.Hauptamtlicher politisch und rechtlich nicht durchsetzbar“.

Diese Erkenntnis von SPD und GRÜNEN wäre ohne das Stichwort „Bürgerbegehren“, das die DKP in die Debatte geworfen hat, und ohne viele Bürgerinnen und Bürger und Organisationen, die als Preis für die Neuauflage einer SPD/GRÜNEN-Koalition nicht wieder einen weiteren Stadtrat bezahlen woll-

ten, sicherlich nicht gereift. Deswegen ist das Zurückstecken der Koalitionspartner in dieser Frage ein Erfolg der Kritiker und Gegner eines 3.Hauptamtlichen in unserer Stadtverwaltung.

Damit ist das Thema aber nicht endgültig vom Tisch, vielmehr wird der weitere Stadtrat damit zum Wahlkampfthema bei der nächsten Kommunalwahl. Die Wählerinnen und Wähler tun deshalb gut daran, schon jetzt aufmerksam zu verfolgen, wie SPD und GRÜNE in unserer Stadt sich in den nächsten Monaten in dieser Frage darstellen.

Ein gutes Beispiel sozialdemokratischen Umgangs mit der Frage nach dem 3.Hauptamtlichen ist da die SPD-Zeitung „Kontakt“ 7/95, die Anfang August verteilt wurde. Hier kommt dieses Thema unter der Überschrift „Rot-Grüner Tiger statt Schwarz-Roter Politielefant“ nur am Rande vor. Es werden die Personalvorstellungen der CDU dargestellt und verworfen, zu Forderungen der GRÜNEN kaum ein Wort! Und auch die Position der GRÜNEN, die eine hauptamtliche Beteiligung an der Stadtverwaltung als unverzichtbare Bedingung in die Verhandlungen einbrachten und jetzt mit ziemlich leeren Händen in die Koalition gehen, ist im Moment eher die eines kleinlauten Anhängsels. Wir werden das unsere dazu tun, daß SPD und GRÜNE ihre weitere Zusammenarbeit auf sachlicher Ebene entwickeln und sich darüber klar werden, das Thema 3. Hauptamtlicher ganz fallen zu lassen.

3. Hauptamtlicher? Nein danke! - Wir bleiben dran!

300.000 Mark gespart

Soll keiner sagen, so eine kleine Oppositionspartei im Stadtparlament könne nicht viel ausrichten. Da gibt es eine Menge Erfahrungen, die dagegen sprechen.

Beispiel „Gebührenerhöhungen“: Vor 10 Jahren setzte die DKP in Mörfelden-Walldorf einen Gebührenstopp durch. Eine gute Sache. Die Bürgerinnen und Bürger sparten eine Menge Geld.

Beispiel „dritter Hauptamtlicher“: Die DKP erklärte schon im Juni, „dagegen werden wir ein Bürgerbegehren machen“. Wir spürten darauf eine ungeheure Zustimmung für dieses Vorhaben. Aber auch die SPD merkte die wachsende Stimmung. „Ein weiterer Hauptamtlicher findet keine Akzeptanz in der Bevölkerung“, heißt es jetzt.

Da kann man mal wieder sehen was so eine Opposition, die auch noch monatlich eine Zeitung herausgibt, bewirken kann. Denn nun soll erst in zwei Jahren über das Thema entschieden werden. Bis dahin gibt es schon mal eine Steuergroschen-Ersparnis von ca. 300.000 Mark.

Auch nicht schlecht. Oder?



Frieden läßt sich nicht herbeischießen

Deutsche Bomber kreisen über Bosnien, bestückt mit abschußbereiten Raketen. Und kaltschnäuzig verkündete Verteidigungsminister Rühle bei einer Inspektion der Truppe, die jetzigen Übungsflüge könnten sich „sehr schnell in einen Einsatz entwickeln“. Stillschweigend wurden inzwischen die Kampfregeln geändert, die für den Einsatz der Tornados gelten sollten. Schon das Einschalten eines serbischen Suchradars gilt als „aggressiver Akt“. Dann heißt es für die deutschen Bomber: „Feuer frei!“ Und nun jammert Ex-General Manfred Opel, der Verteidigungsexperte der SPD: „Das sind Aktivitäten, die über das hinausgehen, was im Deutschen Bundestag gesagt worden ist.“

Rühles alarmierende Ankündigung erfolgte wenige Tage nach der Besetzung der überwiegend serbisch besiedelten Krajina durch die hochgerüsteten Truppen des kroatischen Präsidenten Tudjman. Hochgerüstet vor allem mit Waffen aus den USA, die trotz des Embargo-Beschlusses der UNO pünktlich zur Stelle waren. Mit von der Partie waren amerikanische Militärberater, die Tudjmans Armee für den „Blitzkrieg“ vorbereiteten.

Es ist Zynismus, wenn die Weißwäucher in der Politik und in den Medien Washingtons und Bonns Tudjmans militärische Aggression in eine friedensbringende Mission umzumünzen versuchen.

Es ist schlimm, wenn Bonn im ehemaligen Jugoslawien immer mehr zur Kriegspartei wird. Alle Seiten begehen dort Verbrechen. Der Krieg ist ein Verbrechen. Und es gibt viele, die daran Schuld tragen.

„Mit einem Rekordanteil von 14,5% (1993: 7%) am internationalen Waffengeschäft liegt Deutschland hinter den USA (55%) auf Platz zwei.“

(FR 16-6-95)

Aber es bleibt dabei: Frieden läßt sich nicht herbeischießen. Es gibt keine militärische Lösung solcher Konflikte. Nach 16 Jahren eines gnadenlosen Krieges hat der Libanon gezeigt, daß nur ein politischer Dialog der Gewalt ein Ende setzen kann. Deshalb ist Druck auf die Brandstifter aller Lager nötig, um die Kämpfe zu beenden. Notwendig sind keine deutschen Kriegseinsätze in Ex-Jugoslawien, sondern die radikale Durchsetzung des UNO-Waffenembargos, die Beendigung der einseitigen Parteinahme der Bonner Politik.

Was will Joschka Fischer?

Die aktuellen Kriegsgeschehnisse im ehemaligen Jugoslawien haben Joschka Fischer dazu veranlaßt, einen Brief zu verfassen. Tenor: Angesichts der Kriegsgreuel hilft letzten Endes nur noch der Einsatz militärischer Gewalt. Die Journalistin Mariele Schulze Berndt kommentierte daraufhin (in der „Badischen Zeitung“ vom 2. August 1995), Joschka Fischer gehe es nicht ausschließlich um die Lösung des Krieges im ehemaligen Jugoslawien. Das Argument, „betroffen zu sein, überzeugt nicht“, da es zu spät käme. Plausibler wirke „der Verdacht, für Fischer sei Bosnien bloß ein Ventil, um die außenpolitische Neuorientierung der Grünen zu befördern“. Denn Fischer wolle „mit aller Macht“ an die Regierung. Tatsächlich weiß auch Joschka Fischer, daß Menschenrechte nicht mit Waffengewalt freigeschossen und herbeigebombt werden können. Wer mit militärischen Machtmitteln droht bzw. diese

einsetzt, muß die grenzüberschreitende Eskalation des Konflikts einkalkulieren. Wer dagegen Menschenleben im „Pulverfaß Balkan“ retten will, muß sofort Europas Grenzen für Flüchtlinge öffnen und für Waffen schließen. Danach können die Maßnahmen nichtmilitärischer Einflußnahme auf allen Ebenen (politisch, wirtschaftlich etc.) konsequent durchgeführt werden.

Daß zivile Konfliktlösungskonzepte in der Politik der deutschen Bundesregierung, der Europäischen Union, der NATO und der Vereinten Nationen in keiner Weise zur Umsetzung gekommen sind, ist weder Schuld der Grünen noch der Friedensbewegung. Längst hat die Bundesregierung die Massaker im ehemaligen Jugoslawien instrumentalisiert, um ganz andere Interessen durchzusetzen. So haben Bundeskanzler Kohl und Außenminister Kinkel erkannt, daß sich der Balkankrieg hervorragend dazu eignet, Kampfeinsätze der Bundeswehr out of area zu legitimieren. Auch Joschka Fischer steht nun in der Gefahr, die Opfer auf dem Balkan aus den Augen zu verlieren.

Sollte es Fischer tatsächlich um den Beweis seiner „Regierungsfähigkeit“ gehen, so hat er sich kräftig vertaktiert. Wer glaubt, über die Aufgabe pazifistischer Konzepte Außenminister werden zu können, täuscht sich - denn Regierungsbeteiligung wird es auf diesem Wege nicht geben. Den Bündnisgrünen jedenfalls würden bei der nächsten Bundestagswahl die Stimmen von AntimilitaristInnen wie PazifistInnen fehlen. Statt zum angestrebten Regierungswechsel führt Fischer die Partei dann in die Spaltung.

Jürgen Grässlin

*Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen
Aus: UZ, Zeitung der DKP*

LINKE RUNDE

DISKUSSIONSFORUM DER DKP MÖRFELDEN-WALLDORF

Werden bald die Zinksärge ausgeladen?

Axel Seiderer, Frankfurt, referiert über die Out-of-Area-Politik der BRD

6. September 1995, 20 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum

Niemandem sollte es schlechter gehen

Am 1. Juli jährte sich der Beginn der „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ zwischen der DDR und der Bundesrepublik zum fünften Male. Die Volkskammer der DDR hatte dieses Gesetz gegen die Stimmen der Opposition beschlossen.

Am Tag der Währungsumstellung hatte der Bundeskanzler in einer Fernsehansprache erklärt: „Den Deutschen in der DDR kann ich sagen, was auch Ministerpräsident de Maizière betont hat: Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor - dafür aber vielen besser.“ Heute, fünf Jahre später, fällt die Bilanz ernüchternd aus: In den neuen Ländern fehlen 2,5 Millionen Arbeitsplätze, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung ist niedriger als in jeder anderen Region Westeuropas. Auf die neuen Länder entfällt ein Fünftel der gesamtdeutschen Bevölkerung - aber gut zwei Fünftel aller Arbeitslosen! Das industrielle Produktionsniveau Ostdeutschlands erreichte 1994 gerade einmal die Werte des zweiten Halbjahrs 1990 (die übrigens nur halb so hoch waren wie im letzten Jahr der DDR!). Ostdeutschland ist und bleibt in erheblichem Umfang auf Transferzahlungen aus den alten Bundesländern angewiesen. Seit der Vereinigung ist der Anteil, den Ostdeutschland zum gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt beiträgt, bescheiden von 7,6% auf 8,6% gestiegen.

War das alles vorhersehbar? Hätte diese Entwicklung vermieden werden können? Sowohl der damalige Bundesbankpräsident Pöhl als auch der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ hatten im Februar 1990 vor der schnellen Einführung einer Währungsunion gewarnt und geraten, dem vom Bundeskanzler noch im Dezember 1989 vorgestellten Stufenkonzept zur deutschen Einigung zu folgen und in der DDR zunächst grundlegende Wirtschaftsreformen einzuleiten. Aber der politische Wille Kohls und nicht der ökonomische Sachverstand bestimmte das Handeln.

Die Einführung der DM zum 1. Juli 1990 bewirkte eine massive Aufwertung der bis dahin in Mark der DDR angefallenen Kosten und Erlöse. Exportbetriebe hatten für ihre gegen DM

verkauften Güter und Leistungen den 4,4fachen Betrag in Mark der DDR gutgeschrieben bekommen. Plötzlich erhielten sie nur noch die einfache Summe. Orientiert am Produktivitätsgefälle zwischen DDR und BRD wäre ein Wechselkurs 3:1 realistisch gewesen; 1:1 kam einer Verteuerung der Exporte aus der DDR um das Dreifache gleich! Von einem Tag auf den anderen mußten die Betriebe ihre Löhne in DM bezahlen, die sie noch gar nicht am Markt erwirtschaftet hatten. Ab dem 1. Juli 1990 waren die Betriebe - rein währungstechnisch betrachtet - nicht mehr wettbewerbsfähig. Notwendige Anpassungshilfen wurden ihnen versagt, Konkurrenten konnten so schnell aus dem Felde geschlagen werden.

Selbst Ex-Bundesbankpräsident Pöhl hatte diese Währungsunion vor einem Ausschuß des EU-Parlaments als „Desaster“ bezeichnet; vor dem Treuhanduntersuchungsausschuß wurde er noch deutlicher: „Das ist natürlich eine Roßkur, die keine Wirtschaft aushält.“ Am Rande bemerkt: In diesen Tagen beklagt die bundesdeutsche Wirtschaft angesichts einer durch den Dollar-Kursverfall ausgelösten DM-Aufwertung um 7 % eine Verschlechterung der „Wettbewerbsfähigkeit“. Am 1. Juli 1990 verteuerten sich ostdeutsche Produkte um 300%!

Doch selbst wenn man voraussetzt, daß nur diese Umtauschsätze politisch durchsetzbar waren, dann bleibt festzuhalten: Die Folgen wurden von Bonn unterschätzt. Eine abgestimmte Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wurde nicht entwickelt. Die Bundestagswahl 1990 beschleunigte das kurzfristige Krisenmanagement und leitete die Verschiebung der Belastungen in Nachtrags- und Nebenhaushalte ein; der bequeme Weg der Kreditaufnahme ersetzte das dringend benötigte Finanzierungskonzept. - Die Folgen tragen wir alle.

Neue Gebühr

Wer mit einer Verwaltungsentscheidung nicht einverstanden ist, hat die Möglichkeit, dagegen Widerspruch einzulegen. Der Widerspruchsausschuß, den entweder der Kreis oder die Kommune - bei einer Einwohnerzahl von über 30.000 - einzurichten hat, tagt etwa alle Vierteljahr einmal. Bis dahin werden die Widerspruchsfälle gesammelt und behandelt. Dort hat der betroffene Bürger und die den Bescheid ausstellende Amtsstelle Gelegenheit, den Sachverhalt mündlich vorzutragen. Der Ausschuß, bestehend aus etwa drei Personen, gibt daraufhin eine Empfehlung an den Magistrat, ob dem Widerspruch stattgegeben oder abgelehnt werden soll. Beispiele zu nennen, wo Widersprüche eingelegt werden: Es kann bei Sozialhilfezahlungen ebenso sein wie bei Baubescheiden, bei Anliegerbeiträgen ebenso wie bei Berechnungen von Gebühren und Beiträgen. Dieses urdemokratische Recht, Verwaltungswillkür oder Fehlentscheidungen seitens einer städt. Behörde zu widersprechen, ist zwar auch in der Zukunft gegeben, doch was neu ist, es kostet Geld. Und zwar dann, wenn der Widerspruch abgewiesen wird. Doch wer weiß schon im voraus, ob seine Rechtsauffassung objektiv und gerechtfertigt ist? Wenn das so wäre, wären die Gerichte überflüssig und die Rechtsanwälte und Richter arbeitslos. In Zukunft wird, so darf man vermuten, viele Widersprüche erst gar nicht gestellt wird, weil man ja kein Geld zum Fenster hinauswerfen will. Da kann eine Sache zu klein sein, als daß man sich dafür streitet, da kann eine Verwaltungsgebühr zu hoch sein, als daß man das Risiko eingeht, 'denn die da oben haben doch letztlich immer recht'. 'Gegen die kommt man doch nicht an', so wird wohl mancher denken, der eine Sache unkorrekt findet, wo er sich übergangen oder ungerecht behandelt fühlt. Daß die Widerspruchsfälle abnehmen, daran ist man auf Verwaltungsseite interessiert, denn schließlich kostet das Widerspruchsverfahren Zeit und Geld. Die Verwaltungsreform der Kommunen wird bedeuten, daß man entweder Dienstleistungen abbaut oder sie sich vom Bürger bezahlen läßt - kostendekend selbstverständlich. So wird ein demokratisches Recht auf der Strecke bleiben, oder doch zumindest eingengt.

R. D.

**Antikriegstag
1995**

**19.30 Uhr
Egelsbach, Wachthaus
Kirchplatz**

**Hiroshima mahnt
Eine Veranstaltung
der PDS Egelsbach**



Gegen das Vergessen

TEIL 9



Im „blickpunkt“ wird seit Dezember 1994 mit einer Artikelserie an die Ereignisse vor 50 Jahren erinnert.

Aus den Fehlern der Vergangenheit sollten damals die Lehren gezogen werden

1945 sollte ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland entstehen, das niemals mehr seine Nachbarn oder den Frieden in der Welt bedroht. Der Nazismus mit all seinen Wurzeln und Ursachen, sollte für immer beseitigt werden. Zu den Wurzeln und Ursachen gehörte auch die Macht der Banken, Konzerne, Monopole und Großgrundbesitzer, die Hitler an die Macht gebracht hatten und gut an seiner Politik verdienten, sowie Interesse an seinen Plänen der Eroberung Europas hatten. So haben es die Alliierten beschlossen und das war auch die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung. Dieser antifaschistische Konsens reichte von den Sozialdemokraten, den Kommunisten, über die Gewerkschaften bis weit in die CDU hinein. Die Spaltung in der Arbeiterbewegung die mit zum Sieg der Nazi 1933 beitrug, sollte ein Ende haben.

Auch im Sport war die Einheit gewollt

In der Sport- und Kulturbewegung sollten ebenfalls die Lehren aus dem „Gegeneinander“ vor 1933, gezogen werden. In Mörfelden beschlossen bereits am 10. Juni 1945 die Vertreter aus früheren Vereinen einstimmig, daß in Zukunft nur ein Verein bestehen soll. Auch die ersten Impulse zum Aufbau eines organisierten Sportbetriebes in Groß-Gerau gingen schon am 29. Mai 1945 von Mörfelden aus und das erste Fußballspiel im Kreis fand bereits am 15. Juli 1945 zwischen Mörfelden und Nauheim auf dem Sportplatz am „Grünen Haag“ statt.

In Walldorf verlief die Entwicklung ähnlich. Wenige Tagen nach den Ereignissen in Mörfelden wurden per Ausscheller, alle Sportinteressenten zu einem Treffen in die Gaststätte Nohl-Becker eingeladen. Vertreter der vor 1933 vorhandenen Vereine waren anwesend. Der spätere Vorsitzende des Sportkreises Groß-Gerau, der Mörfelder Ludwig Schulmeyer (Bette-Lui), als Widerstandskämpfer gegen Hitler sechs Jahre im Zuchthaus, sprach sich für die Bildung einer Sportgemeinschaft aus, da auch die amerikanische Militärregierung nur einen Verein zulassen würde. So wurde die „Sportgemeinschaft Walldorf“ gegründet. Jedoch im Juni 1946 erfolgte schon wieder, ausgelöst durch sachliche und persönliche Differenzen zwischen den früheren „Freien Turnern“ und der „Viktoria“ die Trennung. Aus „Viktoria“ wurde der SV-Rot-Weiß und aus der „Sportgemeinschaft“ wurde nach dem Beitritt des „Volkschores 1906“ die „Sport- und Kulturgemeinschaft“ (SKG).

Die Einheit der Arbeiterparteien kam nicht zustande

Im politischen Bereich war in großen Teilen der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD die Bereitschaft zur Einheit vorhanden. Sie wurde aber, nicht zuletzt von Seiten der englischen und amerikanischen Besatzungsmächte und den sich in den alten Sesseln breit machenden Vertretern des deutschen Kapitals, verhindert. Für die amerikanische Militärregierung war das, was die ehemaligen deutschen Widerstandskämpfer gegen Hitler wollten, fremd und sie hatten Anweisung, in erster Linie zwei Ziele zu verfolgen: Aus „ihrem Teil Deutschlands ein Abbild der USA-Gesellschaft zu machen und alles zu bekämpfen, was sie als „Kommunismus“ betrachteten. Dazu zählten unter anderem auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie.

Ähnlich verlief es in den Betrieben

Fritz Zängerle, der Betriebsratsvorsitzende der ersten Stunde bei Opel in Rüsselsheim, berichtete über ähnliche Ereignisse. Nachdem mehr als 50% der Produktionsanlagen zerstört waren, standen erst einmal Aufräumarbeiten und Instandsetzungsarbeiten an. Später trat die Ersatzteilerfertigung hinzu und ab 1946 konnte mit der Produktion des

Im August 1945:

- 2.8. Potsdamer Abkommen unterzeichnet
- 6.8. Feldmarschall Montgomery gibt für die britische Zone Zustimmung zur Bildung freier Gewerkschaften und demokratischer Parteien.
- 6.8. Abwurf der amerikanischen Atombombe über Hiroshima.
- 9.8. Abwurf der amerikanischen Atombombe über Nagasaki.
In München wird der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen.
- 12.8. Die deutschen faschistischen Hauptkriegsverbrecher werden in das Nürnberger Gefängnis überführt.
- 26.8. Aktionsgemeinschaft zwischen SPD und KPD in Dachau.
- 27.8. Zulassung von politischen Parteien und Gewerkschaften auf Kreisebene in der amerikanischen Besatzungszone.
- 28.8. Max Planck erhält den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt a.M.
- 30.8. Alliiertes Kontrollrat nimmt in Berlin seine Tätigkeit auf.

eineinhalb Tonner Opel-Blitz-Schnelllastwagens begonnen werden. Während dieser Zeit des Neubeginns hatte die amerikanische Militärregierung die Leitung des Werkes treuhänderisch übernommen. Aber von Unterstützung der betrieblichen Interessenvertreter, also der demokratischen Einrichtung in den Betrieben durch die Amerikaner, konnte keine Rede sein. Erst sehr spät gegenüber anderen deutschen Gebieten wurde die Genehmigung zur Bildung von Gewerkschaften erteilt. Noch im Herbst 1945 konnten Betriebsversammlungen nur außerhalb der regulären Arbeitszeit stattfinden. Auch die erste Betriebsratswahl wollten die Amerikaner annullieren, da ihnen die Linkskräfte zu stark vertreten waren. Weil der neue Landrat im Kreis Groß-Gerau, Wilhelm Hammann, kommunistischer Landtagsabgeordneter vor 1933 und bis 1945 in Buchenwald inhaftiert, die Forderung stellte, alte Nazis aus der Opel-Betriebsleitung zu entfernen, wurde er kurzerhand von den Amerikanern ohne Prozeß aus dem Verkehr gezogen und für 14 Monate u.a. im ehemaligen KZ Dachau inhaftiert. Wenn man tagtäglich von den Vorkommnissen in der damaligen Ostzone erfährt, sollte man auch wissen, was im Bereich der westlichen Besatzungszonen alles so passierte.

Heinz Hechler

LINKE RUNDE

DISKUSSIONSFORUM DER DKP
MÖRFELDEN-WALLDORF

»Die Hessische Atompolitik« Entwicklungen, Tendenzen, Aussichten

Dipl.-Ing. Gernot Linhart, spricht über die Umweltsünden von gestern und heute

20. September 1995, 20 Uhr

Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum

»Was wollt ihr mit dem ollen Marx?«

Haben uns die marxistischen Klassiker noch etwas zu sagen? Diskussion mit

Dr. Robert Steigerwald

4. Oktober 1995, 20 Uhr

Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum

Kommt der Großbrand die Stadt teuer zu stehen?

Der Großbrand im Mörfelder Industriegebiet hat einen zweistelligen Millioenschaden verursacht. Der geschädigten Firma wird, auch wenn es sich um Brandstiftung handelt, der Schaden von den Versicherungen ersetzt.

Anders verhält es sich bei den Kosten die der Stadt entstanden sind.

36 Stunden war die Feuerwehr im Einsatz. Bis zu 180 Feuerwehrleute - außer der örtlichen Wehr, waren aus dem Kreisgebiet und darüber hinaus, sowie 20 Helfer vom Roten Kreuz und 50 Einsatzkräfte vom Technischen Hilfswerk vor Ort. Ferner wurden eine Bau-firma mit schwerem Gerät und Arbeitskolonnen der Bauhöfe, des Wasserwerks und der Kläranlage in Anspruch genommen. 2000 Kubikmeter Trinkwasser wurden verbraucht.

Die Wehren von außerhalb können zusätzlich der Stadt Mörfelden-Walldorf ihre Kosten in Rechnung stellen. Außerdem sind der Stadt Kosten für Verpflegung und Lohnausfall entstanden.

Es sind ungeheure Mengen an Schaummitteln verbraucht worden, es ist Schlauchmaterial zu ersetzen bzw. es sind Schäden an Fahrzeugen und Geräten entstanden.

Hierzu kommt die Abwasserbeseitigung und die Überwachung des abfließenden Löschwassers im Trennsystem und die Überwachung der Biologie der Kläranlage. Es waren mehrere Abwasseruntersuchungen durch den Umlandverband notwendig und es mußte ein Abfuhrunternehmen mit Kesselwagen beauftragt werden, das angesammelte Löschwasser abzusaugen und in ein leerstehendes Becken auf die Kläranlage zu bringen, wo es zwischengelagert wurde. Eine besondere Kanalnetzreinigung und eine Reinigung des Abwasserklärbeckens mußte durchgeführt werden. Inwieweit besondere Aufwendungen für die Klärschlambeseitigung entstehen ist noch nicht bekannt.

Nach vorläufigen Schätzungen handelt es sich bei den Kosten, die der Stadt entstanden sind, um 200.000 bis 250.000 Mark. Nach dem hessischen Brandschutzhilfeleistungsgesetz ist der Einsatz der Feuerwehren für den Ge-

schädigten grundsätzlich kostenlos. Die Stadt Mörfelden/Walldorf muß nunmehr sehen, ob von irgendeiner Versicherung ein Teil der Kosten erstattet wird.

Nach dem Brand gab es Diskussionen. Angesichts der mittlerweile vielen Großbauten im Industriegebiet ist durchaus zu überlegen ob eine Pumpenstation an der Burkhard-Grube sinnvoll ist. Selbstverständlich muß dabei versucht werden, die dort ansässigen Großbetriebe zur Finanzierung heranzuziehen. Kritisiert wurde, daß die Polizei nicht mit Lautsprecherwagen die Bevölkerung, ganz besonders die vielen Zuschauer, vor evtl. austretenden giftigen Gasen gewarnt hatte. Eine Radio-durchsage um Mitternacht nützt da sehr wenig. Erst um 1.20 Uhr meldete die Frankfurter Feuerwehr keine besorgniserregende Schadstoffkonzentrationen.

Allen Helfern gebührt großes Lob für ihren vorbildlichen Einsatz.

Radwanderkarte des Kreises ein Flop

Die schon seit Jahren geforderte Radwanderkarte für den Kreis Groß-Gerau ist nun inzwischen im Handel erhältlich. Wer gehofft hatte, daß ein nur in etwa gleichwertiges Werk wie das vom Kreis Darmstadt-Dieburg entstehen würde, sieht sich getäuscht. Die Karte ist nicht mehr als eine Kopie der seit langem vorhandenen topographischen Karte vom hessischen Landesvermessungsamt. Sie ist nicht, oder kaum auf den neuesten Stand gebracht, manche gute Radwege fehlen und andere auf der Karte eingezeichnete sind in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden oder unbefahrbar. Es ist ein Wirrwarr von Wegen eingezeichnet - weniger, aber gute Wege und bestimmte Routen wären besser. Von Nummerierungen der Wege, wie im Nachbarkreis geschehen, hat man im Landratsamt noch nichts gehört. Die Nummerierung und die Richtungsbeschilderung fehlt auch an den Wegen zum großen Teil im Kreis Groß-Gerau. Auch wäre der Maßstab 1:30000, wie bei der Karte Darmstadt/Dieburg, besser gewesen. Zum Schluß: Obwohl die Karte nichts taugt, nimmt der Kreis Groß-Gerau 12,80 DM und der Kreis Darmstadt/Dieburg für seine Karte 6,00 DM. HH

Lehrerversorgung „sehr gut“

In der SPD-Zeitung „vorwärts“ wird im August unter dieser Überschrift berichtet, in Hessen seien im Schuljahr 94/95 auf eine LehrerInnenstelle 17,95 SchülerInnen gekommen.

In der Klasse meiner Kinder in der Bertha-von-Suttner-Schule waren im Schuljahr 1994/95 30 SchülerInnen - in dieser Schule kein Einzelfall - und es fielen viele Unterrichtsstunden aus.

Liegt Mörfelden-Walldorf nicht in Hessen, oder muß man SPD-Mitglied sein, um da mitzukommen?

P.S.: Den „vorwärts“ habe ich beim „blickpunkt“-Austragen in einem Müll-eimer gefunden. Gerd Schulmeyer

VORMERKEN:

**Im Dezember
1995
erscheint der
300. blickpunkt**

**Am
15. Dezember
machen wir
ein Fest!**

Finanzielle Engpässe in der Stadtkasse

Traditionell legt der Stadtkämmerer in der Mitte des Jahres die Übersicht über den Kassenstand vor. Dieses Jahr begann der 'Katzenjammer' mit der Feststellung, daß die Gewerbesteuer nicht so eingeht, wie geschätzt. Aufgrund der Zahlungsverzögerungen und der Reduzierung der Steuererwartungen ist ein Loch in der Stadtkasse nur durch kurzfristigen Kredit zu stopfen gewesen. Ein großes Fragezeichen also gegenüber der Jahresendrechnung. Werden neue Schulden gemacht, oder kommen wir noch einmal mit dem berühmten 'blauen Auge' davon?

Auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Der Grund ist in den geringen Lohnerhöhungen der letztjährigen Lohnrunde zu suchen. Der Stadtkämmerer hat schon Auswege aufgezeigt. Aufgrund weniger Wasserverkauf muß die nächste Wassergelderhöhung kommen. Auch die Abwasserberechnung - sie ist teilweise an den Wasserbezug gekoppelt - ist zu niedrig; laut einem Gutachten müßte sie deutlich höher liegen. Also wird den Bürgern, die ohnehin schon knappere Finanzen in diesem Jahr durch niedrige Lohnabschlüsse, Steuererhöhungen, Pflegeversicherung, Preissteigerungen etc. zu verkraften haben, nochmals in die Tasche gegriffen.

Da dachte doch so mancher, daß mit der steigenden Industrieansiedlung die Finanzkraft der Kommune stärker wird. Ironische Bemerkung: Vielleicht wäre noch mehr Industrie der Schlüssel. rd

Regionalbewußtsein ist das Stichwort

Eine Nachlese zum Redebeitrag des Bürgermeisters zur neuen Amtszeit ist angebracht. Sicher ist es zum Zeitpunkt des Antrittsbeginns von weiteren sechs Jahren Dienstzeit angemessen, wenn man Zukunftsbilder zeichnet. Visionen sollten aber nüchterner Überlegung standhalten. So führte das Stadtoberhaupt aus, „eine der bedeutendsten konzeptionellen Frage- und Aufgabenstellungen in allernächster Zeit wird dennoch sein müssen, wie sich die Region Rhein-Main mit dem Zentrum Frankfurt über traditionelle Verwaltungsgrenzen und kommunale Gebietsstrukturen hinaus künftighin organisiert und die Wirtschaftsstärke dieser Region national wie international in der europäischen Konkurrenz festigt und stärkt. Regionalbewußtsein ist das Stichwort.“ Nichts ist einzuwenden gegen Verwaltungsvereinfachung, nichts gegen Beseitigung des Kompetenzgerangels in Amtsstuben, nichts gegen kritisches Nachdenken über Gebietsstrukturen und -organisationen. Doch Wachsamkeit ist angesagt, wenn von Favorisierung der Wirtschaftsstärke einer Region das Wort geredet wird. Regionalbewußtsein, Konkurrenz gegenüber anderen Wirtschaftsstandorten . . . Das grenzt an Kommunal- und Gebietsegoismus. Das ausschließliche Setzen auf das Pferd Wirtschaft, Verkehr, Handel bedeutet Vernachlässigung anderer Werte wie Umwelt, lebenswertes Wohnen, Naherholung etc. 'Wirtschaftsförderung' bedeutet in unserem Gesellschaftssystem, daß der Wirtschaft etwas gegeben wird, damit sie sich dort niederläßt, wo man es gerne hat. Das kann günstiges Baugebäude sein oder besondere Gebühren für Wasser, Strom, Gas, extra Straßen oder geringe Steuersätze etc. Damit sind Kommunen erpreßbar - und so wird es auch praktiziert.

Wenn wir so weitermachen mit der Ansiedlung der Industrie in diesem überbelasteten Rhein-Main-Raum, werden wir sicher bald bemerken, daß wir aufs falsche Pferd gesetzt haben. Industrieansiedlung, neue Baugebiete, der 'Nachholbedarf' an Verkehrseinrichtungen sind keine Lösung. Auch mit weiterer Ansiedlung wachsen die Schuldenberge, der Halbjahresbericht des Stadtkämmerers zeigt es. DR



**Pressefest '95
Volksfest
der DKP**

1.-3. Sept. 1995

Korruption ist keine Ausnahme, sondern der Normalfall

In den letzten Wochen gab es einige neue Korruptionfälle. Aufgeschreckt durch die Korruptionsaffäre bei der Adam Opel AG präsentieren die Medien besorgte Politiker, die neuerdings scharfe Maßnahmen gegen die Korruption fordern. Doch Bestechung ist längst keine Ausnahme mehr, sondern der Normalfall. Wirtschaftsunternehmen, Parteien, Abgeordnete, Beamte und andere bereichern sich in immer größerem Ausmaß zu Lasten der öffentlichen Haushalte. Den bisher größten Schmiergeldprozeß des alten und neuen Deutschlands schloß 1992 das Landgericht München ab. Seinerzeit erteilte man im Bauamt der Stadt München der Siemens AG gegen Schmiergeld den Auftrag für die Prozeßleittechnik der beiden städtischen Großkläranlagen. Doch Korruption fällt nicht vom heiteren Himmel. Feste Bestechungssysteme haben sich seit den 50er Jahren entwickelt und verbreitet. Staatsanwälte sprechen längst von einer gut organisierten Wirtschaftskriminalität in Deutschland. Dabei geht es nicht nur um den Bau von Klärwerken, sondern um staatliche Bauaufträge für Universitäten, Flughäfen, Messgesellschaften und ähnliches. Industrielle schmieren Politiker, es gibt Absprachen zwischen den Unternehmen und Manipulationen. Zunehmend schwindet das Unrechtsbewußtsein bei Bestechungen dahin. Ausreden wie, „wir haben nur zum Wohle des Unternehmens gehandelt“ oder „ohne Schmiergeld läuft im In- und Ausland überhaupt nichts“, erscheinen selbstverständlich. Legalisiert werden solche Schmiergeldzahlungen auch durch das Steuergesetz. Demnach können Schmiergelder als „nützliche Ausgaben“ steuerlich abgesetzt werden. Daran sollte Finanzminister Waigel denken, wenn er jetzt vom „Krebsgeschwür Korruption“ spricht. Illegale Preisabsprachen laufen in vielen Bundesländern. Die Zahlungen von Schmiergeldern haben zur Folge, daß der Markt außer Kraft gesetzt wird. Der Preis wird erhöht. Ein weiteres Beispiel: Bei der Adam Opel AG wurden für neu zu errichtende Arbeiten Planungsunterlagen angefertigt, die nie zu erstellende Arbeiten enthielten. Die Ausschreibungen waren entsprechend überhöht.

Einige Firmen ließen Mitarbeitern bei Opel Zuwendungen zukommen, erhielten dadurch Kenntnis von dieser Praxis und gaben ein niedrigeres Angebot ab als die Konkurrenzfirmen. Wir diskutieren in Kommunen und Kreisen über Einsparungen bei Schulen, Kultur, Selbsthilfegruppen u.a., aber anscheinend entspricht es nicht mehr unserer politischen Kultur über 10 oder 50 Millionen DM mehr oder weniger für ein neues Klärwerk zu diskutieren. Den öffentlichen Haushalten gehen Millionen von Geldern durch die großen Abkassierer verloren. Die Zeche zu zahlen haben die ArbeiterInnen und Angestellten, die Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, die Zulagen gestrichen bekommen, die um jede Mark bei den Tarifeinsetzungen kämpfen müssen. Zu zahlen haben es die Bürgerinnen und Bürger bei den Abfall- und Abwassergebühren.

Helga Fritz

Sportlerheim muß saniert werden

Aufgrund eines DKP/OL-Antrags wurde ein Sachbericht vorgelegt, der den baulichen Zustand des Sportlerheims in Mörfelden beschreibt. Damit sind die Schäden aktenkundig, die der 'Zahn der Zeit' in über 20 Jahren angerichtet hat. Wie schon in der Antragsbegründung erwähnt, sind die Schäden am Treppenaufgang, Terrasse und tragenden Betonbalken sichtbar. Durch das Eindringen von Regenwasser wurde eine sog. Carbonatisierung des Betons verursacht. Sie bewirkt den Verlust der Alkalität und somit Verlust der Korrosionsschutzwirkung. Daher ist an vielen Stellen die Betonschicht weggeplatzt und die Bewehrungsstäbe sind sichtbar und rosten. Eine Behebung der Schäden ist baldigst geboten, damit nicht Schäden an konstruktiven Teilen auftreten, die Unsummen verschlingen könnten. Eine Flachdachsanierung und Fensterabdichtungen sind ebenfalls Aufgaben der nächsten Zeit.

Wer schützt wie die Natur?

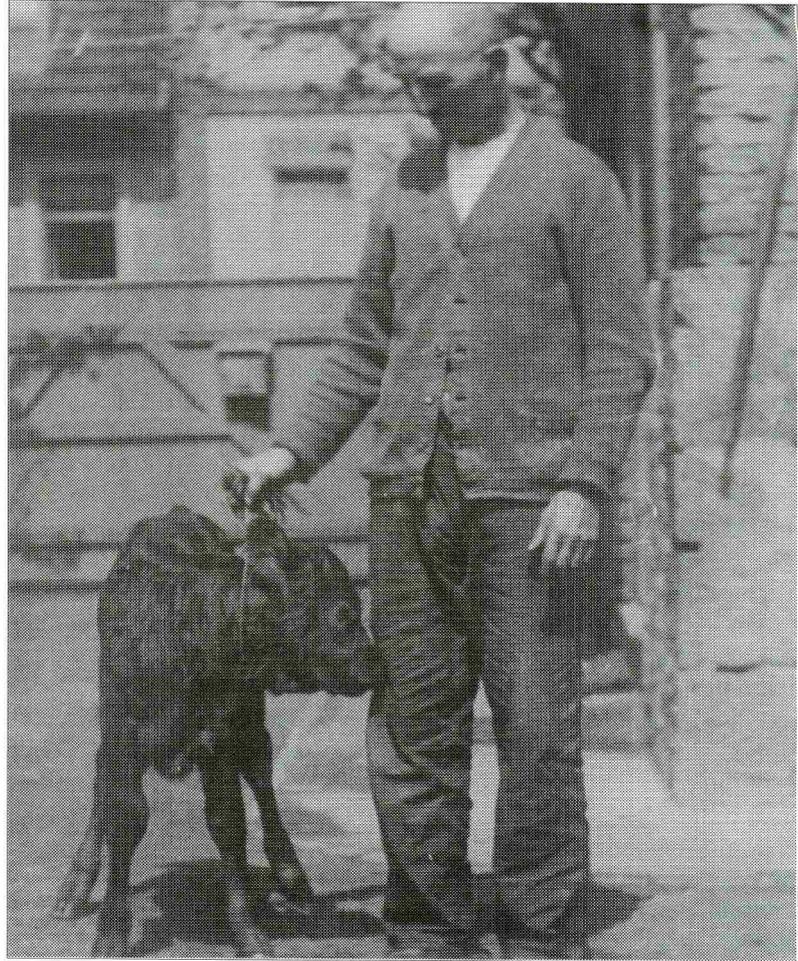
Aufgebracht waren Bürger unserer Stadt als die *Ausweitung* des Naturschutzgebietes Mönchbruch betrieben wurde. Spaziergänger und Radfahrer fühlen sich eingeschränkt in 'ihrem Wald', denn viele Wege sind per Schranke geschlossen worden. Sagen die einen, der Wald, die Tiere, die Natur gehören geschützt, daher darf der Erholungssuchende dort nicht hinein, meinen andere, der Wald gehört uns, wir haben ihn gegen Startbahn usw. verteidigt, haben ein Recht auf uneingeschränkten Zugang.

Ein Bürger bemerkte bei der 'Rundschau'-Begehung richtig: 'Ist der Wert eines Naturschutzgebiet nicht zweifelhaft, wenn ständig die Flugzeuge darüber hinwegdonnern, wenn täglich bis zu 700.000 Liter Kerosin über ihm verbrannt werden?' Der motorisierte Fahrzeugverkehr im Wald wird ständig größer, von Forst, von Holzwirtschaft, von Sicherheitsdiensten des Flughafens. Der Wildbesatz ist zu hoch. Die Monokulturen sind nur unmerklich zurückgegangen. Die Holzernte, die Abfuhr die Aufforstung wird mit schwerstem Gerät durchgeführt.

Der Wald gehört geschützt, darin sind sich angesichts der unübersehbaren Waldschäden alle einig. Doch die Natur gehört den Menschen erklärt und nahegebracht. Dazu ist es erforderlich, daß Schulklassen Zugang zu besonderen Punkten im Naturschutzgebiet haben. Man kann nur dauerhaft schützen, wenn man weiß, was schützenswert ist. Warum ist z. B. der Lindensee nicht zugänglich? Wäre es nicht sinnvoll einen Holzsteg mit beidseitigem Geländer von einem nahen Weg an die Uferzone zu bauen und eine Hütte mit Ausguck, damit Wild (hier vor allem Wasservögel) beobachtet werden können? Wären dann noch Schautafeln in der Hütte, auf denen erklärt wird, welche Tiere hier vorkommen, wie sie sich verhalten und wie sie zu schützen sind, der Besucher wäre informiert und würde die Auflagen begreifen und respektieren.

So wie es zur Zeit von Behördenseite praktiziert wird, muß es dem Bürger wie Willkür vorkommen. Die Reaktionen sind bekannt.

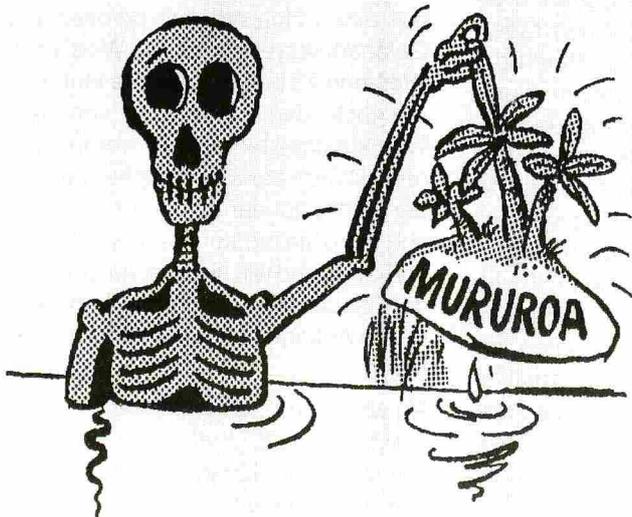
Ludwig Dickhaut, auch Krankenkassen-Dickhaut genannt, hier vor Jahrzehnten im Hofe seines Anwesens in der Mörfelder Ringstraße mit seinem Kälbchen fotografiert. Er war kein Bauer im üblichen Sinne, wie nach dem Foto zu vermuten wäre, sondern, wie es heute offiziell heißt, Nebenerwerbslandwirt. Von Beruf war er Maurer und später Polier bei der Frankfurter Baufirma Junior.



Die Arbeiter, ja ganz besonders die Bauarbeiter seiner Generation mit ihren Familien, hatten ein schweres Los. Der 8-Stundentag war noch in weiter Ferne und im Winter schickte man sie oft von November bis März, ohne jede Unterstützung, nach Hause. Aber sie besannen sich schon sehr früh auf ihre Kraft und gründeten ihre Gewerkschaft. Die Zweigstelle der Mörfelder Bauarbeiter wurde bereits am 23. August 1897 gegründet. 1898, 1899, 1904 und 1910, gab es bei den Bauarbeitern Streiks und Aussperrungen. Es wurde um mehr Lohn und kürzere Arbeitszeiten gekämpft. Nach dem langen Arbeitskampf 1910 hieß es am Ende, 5 Pfennige Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung von 12 auf 10 Stunden. Ludwig Dickhaut, geboren 1879, erlebte schon als junger Bauarbeiter diese harten Kämpfe und schloß sich bereits 1902 der Gewerkschaft an, der er bis zu seinem Tode im Jahre 1968, also 66 Jahre lang die Treue hielt.

Außerdem hatte er die Vertretungen der Zusatzkrankenkasse „Zur Milde“ und der Viehversicherung in Mörfelden. Daher rührte wohl auch der Name „Krankenkassen-Dickhaut“. Auch war er in der Bezugs- und Absatzgenossenschaft und als Gemeinderat ehrenamtlich tätig. Mit der Landwirtschaft konnten er und seine Frau mit den acht Kindern auch schlechte Zeiten etwas besser überbrücken. Zwei seiner Söhne kamen nicht mehr aus dem Krieg.

Außerdem hatte er die Vertretungen der Zusatzkrankenkasse „Zur Milde“ und der Viehversicherung in Mörfelden. Daher rührte wohl auch der Name „Krankenkassen-Dickhaut“. Auch war er in der Bezugs- und Absatzgenossenschaft und als Gemeinderat ehrenamtlich tätig. Mit der Landwirtschaft konnten er und seine Frau mit den acht Kindern auch schlechte Zeiten etwas besser überbrücken. Zwei seiner Söhne kamen nicht mehr aus dem Krieg.



Sie bomben weiter

Offenbar unbeeindruckt von öffentlichen Protesten gab es in China einen weiteren Atomversuch, Frankreich will es in Mururoa tun, Washington denkt über die Wiederaufnahme von Atomversuchen nach.

Es geht um Weltmachtgehabe, um neue Atomwaffen, aber auch um neue Profite der Rüstungskonzerne.

Wer denkt in diesen Kreisen schon an die Zukunft der Kinder, die letztlich einmal alles ausbaden müssen. Man könnte verzweifeln.

Trotzdem darf man nicht den Kopf in den Sand stecken.

Auch aus unserer Stadt kamen viele Proteste gegen den Atomwahnsinn. Die DKP verteilte ein Flugblatt und schickte ein Schreiben nach Vitrolles, die Kirchen mischten sich ein, in den Rathäusern liegen Unterschriftslisten aus.

Wir brauchen diese Proteste und wir brauchen noch mehr Engagement. Es gibt keinen anderen Weg.